Dienstag, 1. September 1925 · 73. Jahrgang Nr. 412

# Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 30 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 524, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79,
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 84, Scharrenstr. 39. Nürnberger Str. 25-26. Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 18; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Noch immer Knebelung des Saargebiets

### Scharfes englisches Urteil gegen Frankreich — In „flagrant einseitiger Weise verwaltet"

**London,** 31. August.

Zu den Aufgaben der Völkerbundsversammlung gehört auch die Entgegennahme des Berichts der Saarregierung. Dieser Bericht soll, wie die „Times" aus einem Brief Robert Donals erfahren, ein ziemlich farbloses Dokument sein, der zwar von der Besserung der materiellen Lage der Saarbevölkerung spricht, aber nichts über die wirkliche Stimmung der Bevölkerung sagt. Denn während des vergangenen Jahres, so fährt der Briefschreiber fort, habe die **Mehrheit der Regierungskommission nichts getan, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen oder sie mit der Völkerbundsregierung zu versöhnen.** Im Gegenteil habe die Regierungskommission bei der Behandlung der Jahrtausendfeier einen seltsamen Mangel an gesundem Urteil bewiesen.

**So habe man, abgesehen von allen Verboten, Listen über die Teilnahme von Kindern an der Jahrtausendfeier aufgestellt. Diese Kinder sähen jetzt der Bestrafung, ja der Entfernung aus der Schule entgegen.**

Einige Wochen später aber habe der französische Vorsitzende der Saarkommission, Rault, und ihre Mitglieder, der Belgier Lamberts und der Tscheche Vezensky, die alle ihre vollkommene Neutralität behaupteten, in offizieller Eigenschaft an der Truppenparade anläßlich des 14. Juli teilgenommen. **Ferner fahre die Regierung mit der Unterdrückung der Presse fort, die jetzt dem Völkerbund deshalb eine Petition vorlege.** Dieses und vieles andere beweise, daß die **Regierungskommission sich mehr um die französischen Interessen als, wie es ihre Pflicht sei, um das Wohlbefinden der Bevölkerung kümmere.**

Wie ein Korrespondent des „Manchester Guardian" berichtet, enthalte der Bericht der Saarregierung sehr wenig über die Verminderung der französischen Truppenmacht im Saargebiet, die Ende August noch 1200 bis 1800 Mann betragen haben soll. Die Parade vom 14. Juli habe aber bewiesen, daß eine Einschränkung offensichtlich noch nicht stattgefunden habe. Auf die Parade vom 14. Juli kommt das gleiche Blatt auch in seinem „Fair play in the Saar" überschriebenen Leitartikel zu sprechen, in dem die Parade höchst unangebracht genannt wird. Solche Entgleisungen am Tage der Neutralität müßten vermieden werden, wenn das Saargebiet dem Völkerbund zum Kredit gereiche und nicht zu einer Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen führen sollte.

**Denn bis jetzt sei das einzige Gebiet Europas, das dem Völkerbund unterstehe, in einer flagrant einseitigen Weise verwaltet worden.**

Ohne Protest des englischen Außenministers sei Rault, ein Franzose, der nicht einmal ein Wort deutsch sprechen könne, an der Spitze der Kommission belassen worden, die in unbedingt neutraler Weise hätte regieren sollen.

Aber alles in allem könne man glauben, daß man seit dem Frühjahr über das Schlimmste im Saargebiet heraus sei, und daß die Lage sich seitdem gebessert habe. Freilich habe der Völkerbund keine dankbare Aufgabe im Saargebiet, denn **dieses Gebiet sei rein deutsch und sei nur in der Hitze der Friedensverhandlungen von Deutschland abgetrennt worden.** Dieses Unrecht könne aber am besten wieder dadurch gut gemacht werden, wenn das Saargebiet voll und ganz von Genf, und nicht teilweise von Paris regiert werde, bis die Bevölkerung ihre Wahl treffen könne.

### Bedeutsame Völkerbundstagung

**Am 7. September Beginn in Genf**

**Paris,** 31. August.

Der „Temps" schreibt über die bevorstehende Tagung des Völkerbundes: „Die 6. Vollversammlung wird am 7. September zusammentreten, und Painlevé wird dazu berufen sein, der Eröffnungssitzung zu präsidieren. Diese sechste Versammlung des Völkerbundes wird eine besondere Bedeutung nicht nur wegen der Fragen haben, die Gegenstand der Debatte bilden werden, sondern durch die Atmosphäre, in der ihre Arbeiten vor sich gehen werden. Was diese Atmosphäre schafft, ist die Tatsache der langen und friedlichen Verhandlungen für den Abschluß eines Rheinlandpaktes und ferner der von Deutschland zu fassende Entschluß über seinen Eintritt in den internationalen Organismus von Genf.

Preußische Staatsbibliothek

## Volksentscheid über das Arbeitszeitabkommen?

### Der Breslauer Gewerkschaftskongreß

**Breslau,** 31. August.

Auf dem Gewerkschaftskongreß ging der Belgier Maertens als Vertreter des internationalen Arbeitsamts weiter auf die Frage der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ein, der in Deutschland, England, Frankreich und Amerika noch Schwierigkeiten entgegenständen. Das Arbeitsamt hoffe jetzt, daß durch eine bevorstehende Aussprache der vier Staaten die Frage endgültig weiterkomme. **Die amtliche Beteiligung Deutschlands an den Arbeiten des internationalen Arbeitsamts müsse stärker werden. Dann werde auch der deutsche Einfluß wachsen und die Sprachenfrage in einem für die Deutschen günstigen Sinne geregelt werden.** Demgegenüber wies der Vorsitzende Leippart darauf hin, daß die Mitarbeit Deutschlands immer wieder dadurch erschwert würde, daß selbst spezielle Aufforderungen an die deutschen Gewerkschaften in fremder Sprache erlassen würden.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erstattet der Bundesvorsitzende Leipart den Tätigkeitsbericht des Bundes seit dem Leipziger Kongreß. Eine der wichtigsten Aufgaben war die Sicherung der Republik, die nach dem Rathenau-Mord schwer bedroht schien. Durch Druck auf die Parlamente und durch Massenaktionen konnte diese Aufgabe erfüllt werden.

**Unter der Parole einer gewerkschaftlichen Einheitsfront versuchen die Kommunisten die Geschlossenheit der freien Gewerkschaften zu zerstören. Ihre wechselnden Taktiken haben der Arbeiterschaft keinen Nutzen gebracht. Die deutschen Gewerkschaften lehnen es ab, sich unter die Kontrolle von Moskau ze stellen.**

Ausführlich wird in dem Bericht die sozialpolitische Tätigkeit behandelt. Der Kampf um den Achtstundentag und gerechte Lastenverteilung mußte teilweise nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Regierung geführt werden. Die Gewerkschaften haben den Weg des Kampfes nicht freiwillig beschritten, die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit zwang sie dazu. Zweifellos sei die deutsche Wirtschaft gegenwärtig in schwerer Not, doch gerade im Interesse des Volksganzen müsse trotzdem gegen die unsoziale Gesetzgebung der letzten Monate Front gemacht werden, die dem deutschen Volke das letzte Aktivum, die Arbeitskraft, raube. Die Mobilisierung der arbeitenden Massen für die kommenden Lohnkämpfe erfordert eine straffe Organisation. Wege dafür zu weisen, sei die Aufgabe des Kongresses.

Vor der nun beginnenden Aussprache wurde festgestellt, daß der größte Teil der zu den allgemeinen Fragen gestellten Anträge keine genügende Unterstützung fand. Insbesondere wurden ziemlich alle von kommunistischer Seite gestellten Anträge noch vor der Debatte erledigt, da sie nur von ein bis zwei Delegierten aufrechterhalten wurden. Zur Begründung eines Antrages in der Arbeitszeitfrage sprach der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Dißmann. Er verlangte, falls die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit nicht sofort nach Zusammentritt des Reichstags durchgeführt würde, gegen diese Verschleppungspolitik Front zu machen und durch eine Volksbewegung den Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorzubereiten.

### Amerikanischer Bergarbeiterstreik

**150 000 Streikende**

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

**Washington,** 31. August.

**Zeitungsmeldungen aus Philadelphia zufolge sind heute 50 000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Weitere 100 000 Bergarbeiter aus anderen Bezirken haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Die zuständigen Behörden erklären, daß die vorhandenen Kohlenvorräte für mehrere Monate ausreichen.**

### Italien auf der Juristenkonferenz

**Beginn auf Dienstag verschoben**

**London,** 31. August.

Die Londoner Juristenkonferenz begann mit einer großen Ueberraschung. Heute vormittag wurde plötzlich bekannt, **daß Italien in letzter Stunde seine Teilnahme an der Konferenz angemeldet** und Herrn Pinotelli zu seiner Vertretung nach London entsandt habe. Pinotelli wird heute abend hier eintreffen. Infolgedessen kann die eigentliche Konferenz erst Dienstag beginnen. Um jedoch keine Zeit zu verlieren, werden Cecil Hurst, Fromageot, Gaus und Rolain heute nachmittag bereits eine Vorbesprechung abhalten. Die Teilnahme Italiens an der Konferenz wird in hiesigen englischen Kreisen lebhaft begrüßt; denn die Art und Weise, in der Mussolini sich bis jetzt von dem Sicherheitspakt ferngehalten habe, hatte hier große Enttäuschung erregt.

### Die Richtpreise des Handwerks

**Möglichkeiten des Preisabbaus**

In einer Besprechung, die gestern mittag zwischen den Spitzenorganisationen des Handwerks und dem Reichswirtschaftsministerium über die Möglichkeiten eines Preisabbaus stattfand, erklärten die Vertreter des Handwerks, daß das Handwerk sich voll in den Dienst der Regierungserklärung vom 27. August stellen werde, wie dies schon auf der Lübecker Tagung des Handwerks eindeutig zum Ausdruck gebracht worden sei. Insbesondere wollen die Spitzenorganisationen des Handwerks dahin wirken, daß die bestehenden Richtpreisbeschlüsse nochmals eingehend auf ihre wirtschaftliche Berechtigung geprüft werden.

## Schnelldienst

Briand hat gestern vormittag in Begleitung Loucheurs Paris im Automobil verlassen, um nach Genf zu fahren.

Vier dem Parlament angehörende Mitglieder der englischen Arbeiterpartei begeben sich unter der Führung von Wallhead nach Moskau, um die Möglichkeiten des Handels zwischen England und Sowjetrußland zu untersuchen.

Nach zwölftägigen Beratungen mit vielen Nachtsitzungen wurde gestern 5 Uhr früh der 14. Zionistenkongreß geschlossen.

Am Dienstag beginnt in London eine Tagung der internationalen Antialkoholvereinigung.

## Das deutsche Fiasko in Stockholm

### Salbungsvolle Liebesworte — aber Furcht vor Liebeswerken

Die Weltkirchenkonferenz in Stockholm ist zu Ende. Als ein Ereignis von größter Bedeutung bedarf sie in einigen wesentlichen Punkten näherer Beleuchtung. Vor allem deshalb, weil unsere deutsche Vertretung als Gesamtheit — abgesehen von erfreulichen Einzelheiten — leider den rückschrittlichsten Standpunkt eingenommen hat.

Zuvor soll ein Fortschritt anerkannt werden: Die Konferenz war international im weitesten Sinn des Wortes, und selbst unsere „national" im engsten Sinne eingestellten Kirchenvertreter haben im vollen Bewußtsein dieser Internationalität an ihr teilgenommen. Damit haben sie einen kleinlichen und unchristlichen Standpunkt aufgegeben, der sie früher stets auf andere Internationalen, zum Beispiel die der katholischen Kirche und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, in herabsetzender Weise schelten ließ. Dazu haben sie fortan kein Recht mehr; der nationalistische deutsche Pastor ist eine rückständige Figur geworden.

Das Große und Bedeutsame des Stockholmer Kongresses war nicht nur, daß er nach jahrelanger Vorarbeit endlich die Vertreter von 37 verschiedenen Völkern zusammengeführt hat, sondern mehr noch: wie nun aus dieser Versammlung ein gewaltiger Drang hervorbrach nach Versöhnung der Völker, nach Ueberwindung der giftigen Klassenkämpfe innerhalb wie außerhalb der Landesgrenzen, nach sozialer Hilfe und Brudergesinnung (nicht durch Almosen, sondern durch gesetzliche Organisation), nach Erfüllung der politischen Beziehungen der Völker mit wahrhaft christlichen und ethischen Zielen. Selbst ein nationalistisch so befangener Mann wie Domprediger Doehring (Berlin) schrieb kurz vor Beginn der Konferenz: „Ein Neues steht vor der Tür . . ., auch das Gemeinschaftsleben der Menschheit ist an ihm zu orientieren . . ., die Weltkonferenz will sich nicht auf die Ebene dessen stellen, was sich heute Politik nennt, vielmehr erst die Voraussetzungen für das schaffen, was einmal in künftigen Tagen wird Politik genannt werden können." Doehring selbst hat ja leider oft genug üble heutige Politik der Herabsetzung Andersdenkender und Andersgläubiger getrieben und kann es auch innerhalb des zitierten Artikels noch nicht lassen; aber die aufgestellte Theorie ist gut.

Leider nur hat am allermeisten im Hinblick auf dies schöne Ziel versagt die Mehrheit der deutschen Vertretung. Fast allein die schönen und großgedachten Worte des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons über Verbrechen und Strafe waren des großen Zieles der Weltkonferenz würdig; alles andere, was von deutscher Seite gesprochen wurde, bestand in schönen Redensarten, hat aber fast ausnahmslos in beschämender Weise praktisch versagt. Mit geradezu peinlicher Aengstlichkeit sind die deutschen Kirchenvertreter der von Ausländern vorgeschlagenen mutigen Tat ausgewichen. Gewiß sollte diese Konferenz erst ein Anfang sein; aber gleich der Anfang hätte einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeutet, wenn die Deutschen in die großzügig hingestreckte Hand des Auslandes in gleichem Geiste eingeschlagen hätten. Alle Einzelheiten dieses Versagens zu beleuchten, ist nicht möglich, aber die wichtigsten Beispiele sprechen auch deutlich genug.

Was kann die Kirche tun, um als Verkörperung der christlichen Liebe den Friedensgeist in der Welt zu fördern und den Krieg auszurotten? Wie muß sie sich zu den internationalen Beziehungen der Völker und zum Völkerbund stellen? Muß sie nicht für eine Weltreform der Schulgeschichtsbücher im Sinne des Sichverstehens der Völker eintreten? Diese Hauptfragen waren selbstverständliche Angelegenheiten dieses Weltkonzils des Geistes und der Liebe. Und sie standen auch in der Tat im Mittelpunkt. Wie reagierten die Deutschen darauf?

Als am 25. August das Thema Kirche, Frieden und Völkerbund erörtert wurde, sprachen zahlreiche Ausländer und Deutsche. Wir stellen zuerst einige Aussprüche von Ausländern zusammen:

Lord Parmoor (England): „Das Christentum lehrt nicht, daß die Pflichten des Patriotismus vernachlässigt sondern daß sie auf eine höhere moralische Linie gestellt werden sollen. Wird nicht die Botschaft des